

AHB Berlin Leipzig gGmbH - Familienarbeit und Beratung e. V. - Familien für Kinder gGmbH - H.U.G.O e. V. - Independent Living e. V. - JaKuS gGmbH - Jugendwohnen im Kiez gGmbH - K*I*D*S e. V. - Leben Lernen e. V. - Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e. V. – Verein für betreuten Umgang e. V. - Tannenhof Berlin-Brandenburg e. V.

Berlin, 22.03.2017

Offener Brief von Trägern der freien Jugendhilfe in Berlin

Alle, die in Berlin zu Hause sind, wissen, dass es in und um diese Stadt herum Bereiche gibt, wo die Dinge seit Jahren schlecht laufen. Als Beispiele, über die auch in den Medien immer wieder berichtet wird, seien der Flughafen Berlin-Brandenburg, heruntergekommene Schulgebäude oder die Personalsituation auf den Bürgerämtern genannt. Zum Teil zeichnet sich ab, dass an einigen dieser Baustellen in nächster Zeit Verbesserungen zu erwarten sind. Das hat auch mit einer aufmerksamen Öffentlichkeit zu tun.

Es gibt allerdings ein Feld, in dem sich die Zustände in den letzten Jahren auf eine geradezu desaströse Weise entwickelt haben, ohne dass die Öffentlichkeit stärker Kenntnis davon nimmt: die Berliner Jugendämter, in erster Linie die Regionalen Sozialdienste, die u. a. für familiäre Unterstützungsleistungen und den Kinderschutz zuständig sind und die seit Jahren personell ausgetrocknet wurden, so dass einige mittlerweile ihrem gesetzlichen Auftrag nicht mehr nachkommen können. In den Berliner Jugendämtern sind bei den Regionalen Sozialdiensten rund 100 Stellen nicht besetzt.

Diese Regionalen Sozialdienste, z. B. in Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain/Kreuzberg, wissen sich seit einiger Zeit nicht mehr anders als durch immer wiederkehrende längere Schließzeiten zu helfen, während derer sie „für den Publikumsverkehr und telefonische Anfragen an einzelne Mitarbeiter*innen geschlossen (sind) und somit für Bürger*innen nicht zur Verfügung (stehen).“

(Website Jugendamt Tempelhof-Schöneberg, Region Nord)

Nur auf diese Weise schaffen sie es überhaupt noch, die Aktenberge auf ihren Schreibtischen in Abständen abzubauen.

Das heißt, eine Behörde, deren Aufgabe es ist, Kindern, Jugendlichen, Eltern, Familien vielfältige Unterstützungsleistungen anzubieten, bricht den Kontakt zu diesen Personengruppen zeitweise komplett ab, weil die verbliebenen Mitarbeiter*innen völlig überlastet sind.

Im Dezember letzten Jahres sah sich der Direktor des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg gezwungen, einen Brief an die Kooperationspartner des Jugendamtes zu schreiben, in dem es u. a. hieß: „Ich muss Sie daher darauf hinweisen und zugleich um Ihr Verständnis bitten, dass unsere (...) am Notprogramm beteiligten Bereiche ihren Kooperationsverpflichtungen z. B. gegenüber freien Trägern, Schulen und Kliniken und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens derzeit nicht nachkommen. Einigen Leistungsverpflichtungen wie z. B. gegenüber Gerichten in Jugendstrafsachen und Familienverfahren können wir nur eingeschränkt gerecht werden.“

In mehreren Brandbriefen haben Mitarbeiter*innen von Regionalen Sozialdiensten ihre prekäre Situation geschildert, die durch Überforderung, Angst, dass ihnen in diesem brisanten Arbeitsfeld Fehler unterlaufen und einen daraus resultierenden hohen Krankenstand gekennzeichnet ist. Viele RSD-Mitarbeiter*innen haben in den letzten Jahren gekündigt oder sich auf andere Stellen versetzen lassen, weil sie diese Zustände nicht mehr ertragen haben. Das heißt, es hat sich eine personelle Abwärtsspirale entwickelt, die dringend gestoppt werden muss!

Mittlerweile ist die gesetzlich geforderte partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und den mit ihnen zusammenarbeitenden freien Trägern, die in den meisten Fällen die tägliche, konkrete Unterstützung für die hilfsbedürftigen Familien übernehmen, gefährdet (s. o. g. Zitat). Nicht geklärte Zuständigkeiten auf Seiten des Amtes, Nicht-Erreichbarkeit von Mitarbeiter*innen dort, die (der Überforderung geschuldete) Verschleppung von Hilfeplänen und Kostenübernahmen führen immer häufiger zu Unklarheiten und Irritationen, nicht nur bei den Trägern, sondern auch und gerade bei den Eltern, die Unterstützung brauchen und immer häufiger keinen Ansprechpartner im Amt finden.

Inzwischen scheint sogar die existentielle „Feuerwehrarbeit“ der Jugendämter im akuten Kinderschutzfall nicht mehr gewährleistet zu sein. Deshalb sehen die Kolleg*innen der Regionalen Sozialdienste sich in ihren Brandbriefen zu der provokanten Frage gezwungen, ob erst ein Kind sterben muss, bevor die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit aufwachen.

Wir fordern mit diesem Brief die verantwortlichen Politiker*innen und die Öffentlichkeit in Berlin, die öffentlich-rechtlichen sowie die privaten Medien auf, endlich die unhaltbaren Zustände in vielen Berliner Jugendämtern in den Blick zu nehmen und entsprechend ihres Auftrages und ihrer Verantwortung alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um diese nicht länger hinnehmbare Krisensituation schnellstmöglich zum Positiven zu verändern!

Wir senden Ihnen als Anlage den o. g. Brief des Direktors des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg und zwei der erwähnten Brandbriefe.